

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Briefgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 22, IV., Volkshaus
Telephonat 7105.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages ausgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 4.

Sonnabend, den 27. Januar 1917.

21. Jahrgang.

Zwei Schreiben der Gewerkschaftsleitungen.

Berlin, 19. Januar. (Amtlich.) Dem Reichskanzler Dr. Bethmann Hollweg ist das nachstehende Schreiben zugegangen:

Berlin, den 10. Januar 1917.

Eure Excellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichsrat das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verwerfen, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freundliche Aufnahme des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestellten-Organisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand nicht an. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

An der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden die Ziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands, die Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien herbeiführen.

Die unsinnigen Forderungen der Entente können nur unter der Bedingung aufgestellt werden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen, bedarf angesichts der Kampfesfronten keiner Erörterung.

Nach seiner wirtschaftlichen Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir können nicht, daß die Versorgung Deutschlands vom Weltmarkt die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Ernährungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, so leicht, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Leiden des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft.

Die Antwort der Entente besteht jedoch darin, daß sich Deutschland in einem Verteidigungskriege befindet. In dem Krieg, das es sich um die Existenz unseres Landes und der Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur höchsten Effektivität ansetzen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Untergang durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Wir erklären, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.

Deine, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen geachtet und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf der Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeiführenden Völker, die Verwüstung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es höchste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte in dem Kampfe um die Freiheit unseres Landes einzusetzen.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

gez.: C. Begien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

gez.: A. Stegerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)

gez.: Gust. Hartmann.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände.

gez.: Wiesner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.

gez.: Kuffhäuser.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

gez.: Dr. Büll.

Der Reichskanzler hat hierauf geantwortet:

Berlin, den 18. Januar 1917.

Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 16. d. M. verhalten haben, danke ich von Herzen für die kraftvolle Kundgebung, die entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in dem Schreiben die Gedanken von Millionen unserer Volksgenossen gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmern geschlagen, wenn die Welt kein Ziel erreicht. Mit jedem Tag entschlüsselt er immer mehr die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Volksgenossen gehen. Keinem Eroberer aber, und mag er über die Macht der Welt gebieten, ist es bestimmt, das deutsche Volk in Sklaverei zu bringen. Einzig im Kampf für unsere Freiheit, niemals fremdes Recht misachtet hat, haben wir die neue Herausforderung angenommen. Daß in diesem schweren Kampfe die deutsche Arbeiterschaft treu und fest zum Vaterlande steht, haben wir in Ihrem Schreiben in erhebenden Worten ausgesprochen. Daß wir eine feste Arbeitsgemeinschaft für unsern endlichen Sieg und für eine neue Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen.

gez.: v. Bethmann Hollweg.

Von den gleichen Verbänden ist folgendes gemeinsame Schreiben an den Chef des Kriegsamts Generalleutnant Groener gerichtet worden:

Berlin, den 16. Januar 1917.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur durch eine völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Eure Excellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 erklärt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt.

Angesichts der rückwärtslosen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten, sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Eure Excellenz zu erklären, daß wir alles daran setzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.

Generalleutnant Groener hat darauf folgendes erwidert:

Berlin, 17. Januar 1917.

Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Kundgebungen unserer Feinde.

Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen! Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen.

Groener.

Die Gewerkschaft als Hindernis der Organisation.

Die Gewerkschaft als ein Hindernis der Organisation hinzustellen, ist anscheinend eine widersinnige Behauptung und demnach hat es damit seine Nichtigkeit. Gewiß ist die Gewerkschaft selbst eine Organisation und sie kann daher logischerweise kein Hindernis der Organisation bilden.

Aber die Gewerkschaft ist das Hindernis dafür, daß sich die unorganisierten Arbeiter organisieren. Wozu sollen sie sich organisieren, wenn doch die Gewerkschaft schon da ist, die unterschiedslos und gleichermäßen für Organisierte und Unorganisierte, für Idealisten und Egoisten, für Gerechte und Ungerechte sorgt? Und die Unorganisierten nehmen als ihr gutes Recht die gewerkschaftliche Fürsorge auch für sich in Anspruch. „Wozu sind denn die Gewerkschaften da, wenn sie nicht für die Beseitigung von Missetaten und Herbeiführung betrieblicher Verhältnisse in Fabriken und Werkstätten, auf Bauten und in Gruben, für gute Behandlung, für kürzere Arbeitszeit, für höhere Löhne, für Feuerungsanlagen usw. wirken wollen?“ So denken und sagen die Unorganisierten. Sie schimpfen auf die Gewerkschaft, wenn ihnen im Betrieb etwas nicht paßt und die Gewerkschaft den Missetat, wenn es sich überhaupt um einen solchen handelt, und von dem sie überhaupt vielleicht gar noch nichts weiß, nicht befreit hat. Das ist eine heitere Gewerkschaft, die nichts tut und alles beim alten läßt, oder die gar zuseht, wenn es noch verschlechtert wird.

Die Gewerkschaft soll der allgegenwärtige Schutzengel, die allwissende und allmächtige Vorwächlerin der Unorganisierten sein, und wenn sie diese hohen Aufgaben und Pflichten nicht erfüllt, sind die Herren Unorganisierten mit ihr sehr unzufrieden und drohen ihr mit ihrer unerbittlichen Kritik. Die stärkste Strafe wäre der Austritt, das Verlassen der wackelhaften Gewerkschaft; aber dieses Strafmittel ist leider den Unorganisierten verweigert, weil sie schon außerhalb der Gewerkschaft stehen.

Die Erzeugnisse der Gewerkschaften werden von den Unorganisierten als etwas ganz Selbstverständliches auch für sich in Anspruch genommen. Die errungene Lohnverhöhung von 10 v. H. die erreichte Feuerungszulage von 15 v. H. wollen natürlich auch die Unorganisierten, und sie schimpfen vielleicht noch über die Gewerkschaft und sind mit ihr sehr unzufrieden, weil sie nicht mehr erreicht hat. Diese 10 oder 15 v. H. sind gar nichts! Der Unorganisierte darf bei seinem organisierten Nebenarbeiter auf alle Welt, auf die Gewerkschaft wie auf den Unternehmer, auf den Meister und auch auf den Staat schimpfen, denn er ist fest davon überzeugt, daß dieser ihn nicht denunzieren wird.

Umgekehrt ist es in sehr vielen Fällen, wenn nicht immer, für den Gewerkschaftler sehr ratlos, wenn er sich in solchen Dingen alle Zurückhaltung anlernt und nach dem bewährten alten Sprichwort handelt: „Aeden ist Silber, Erweigen ist Gold.“ Der Unorganisierte setzt stets die auch ihm zugute kommende allseitige Wirksamkeit der Gewerkschaft voraus, aber er verhält sich beim Unternehmer, der die Gewerkschaft bekämpft oder sie doch nicht gern sieht, dadurch einen Stein im Brett, daß er ihr fernbleibt, ein Unorganisierte, vielleicht auch ein Zuträger, ein Maultrumpf ist.

Die Unorganisierten verlangen nicht nur dann aus der Gewerkschaftsliste Streikunterstützung, wenn sie gemeinschaftlich mit ihren organisierten Kollegen streiken, sie fordern sie auch dann, wenn sie gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder streiken wollen. Wozu haben wir Gewerkschaften, wenn sie uns bei unserem Streik nicht unterstützen wollen?“ sagen die Unorganisierten mit Entrüstung über die traurige Gewerkschaft, die sie nicht unterstützen will.

Die Frage, ob die Arbeiter die Gewerkschaft brauchen, ist beantwortet durch die Tatsache der vorhandenen Gewerkschaftsbewegung, die vor dem Kriege in den verschiedenen Ländern 12 Millionen Mitglieder umfaßte. Diese Frage wird auch sofort durch die Unorganisierten selbst in allen jenen Fällen bejaht, in denen sie aus irgendeinem Grunde zu einem offenen Kampfe kommen und am Orte für ihren Beruf keine Gewerkschaft besteht. Da erinnert sich der eine oder der andre von den streikenden Unorganisierten, daß ja ein Verband besteht, daß dessen Zentralvorstand an dem und dem Orte seinen Sitz hat und daß man nun schnellstens dahin um seinen Beistand telegraphieren müsse. Das geschieht denn auch und ebenso erscheint der gewünschte Vertreter des Verbandes, nimmt sich der unorganisierten Streikenden mit Rat und Tat an und erreicht durch Unterhandlung mit dem Unternehmer den Abschluß der Lohnreduktion, die den Streik veranlaßte und die Bewilligung einiger anderer, bei dieser Gelegenheit gestellter Forderungen.

In voller Würdigung der alten Erfahrungstatsache, daß die beste Taktik, das Eisen zu schmieden, wenn es glüht, wird nun der Verbandsvorstand die unorganisierten Streikenden veranlassen, sich zu organisieren, eine Ortsgruppe seines Verbandes zu bilden, was er auch erreicht. Denn er hat ihnen klar gemacht, daß ihre Organisationslosigkeit mit der Reduktion ihres Lohns verknüpft ist und der Unternehmer diese nur deshalb wieder zurückzugeben hat, weil nun der

Verband hinter den Streikenden stand. Solche Vorgänge sind ein sehr lehrreicher Anschauungsunterricht für die Unorganisierten.

Es ist vorgeschlagen worden, die Unorganisierten von der Ausnützung der gewerkschaftlichen Errungenschaften auszuschließen und das wäre eine gerechte Strafe, die sie vollamt verdienen. Aber diese Taktik wäre ein zu gefährliches Beginnen, eine anreizende Einladung an die Unternehmer, nur noch Unorganisierte zu beschäftigen, denen sie keinerlei Zugeständnisse gemacht haben.

Die gewerkschaftliche Fürsorge für die Unorganisierten ist gemißetwas durchaus unbefriedigendes, denn so bildet die Gewerkschaft das Hindernis für die Organisation der Unorganisierten, die es unter solchen Umständen nicht nötig haben, sich zu organisieren.

Die unausgesprochene Wirksamkeit der Gewerkschaften bestand bisher in der Fürsorge der Organisierten vor der Unorganisierten, um diese dadurch von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaft zu überzeugen und sie so nach und nach ebenfalls in die Gewerkschaft als Mitglieder zu bringen. Mit dieser Wirksamkeit war vor dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung groß geworden und sie wird es damit auch nach dem Kriege wieder werden. Die wegen der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften unorganisiert gebliebenen Arbeiter werden schließlich doch wegen der gemeinsamen Wirksamkeit der Gewerkschaft ebenfalls Mitglieder und organisierte Arbeiter. Die Unorganisierten von gestern waren und sind immer die Organisierten von heute. Anders aber die jungen Leute in die Organisation hineinwachsen, soll es keine unorganisierten erwachsenen Arbeiter mehr geben.

Eine Mahnung an die Hilfsdienstpflichtigen.

Berlin, 20. Januar. (Amtlich. (W. T. V.) Das Kriegsamt teilt amtlich mit: Von verschiedenen Stellen wird berichtet, daß in der Arbeiterschaft kriegswirtschaftlicher Betriebe sich neuerdings eine stärkere Neigung zur Abwanderung bemerkbar macht. Zwar wollen die Arbeiter nicht die Kriegswirtschaft überhaupt verlassen, um in andere Wirtschaftszweige überzugehen; vielmehr findet zumeist nur das Verlangen des Arbeitswechsels innerhalb der Kriegswirtschaft selbst statt. Aber auch ein solcher Wechsel hat, wenn er gleichzeitig und in größerem Umfang erfolgen sollte, seine ernstlichen Bedenken. Er führt nicht bloß durch die mit der Veränderung der Arbeitsstelle verbundenen Reisen, Vorbereitungen und Neueinrichtungen den Verlust einer Anzahl von Arbeitstagen mit sich, sondern kann auch durch die plötzliche Entziehung von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, den ungeführten Fortgang der auf sie angewiesenen Betriebe gefährden. Es dürfte daher geboten sein, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen, um ihnen in zweckdienlicher Weise entgegenzuwirken.

Weshalb erstreben die Arbeiter den Arbeitswechsel? Weil sie an der neuen Stelle mehr zu verdienen hoffen; weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenleben können und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können; weil sie überhaupt aus der Fremde in die Heimat und die heimischen Verhältnisse zurückkehren möchten. Das kann man ihnen an sich nicht verbieten; und deshalb wird man, wenn man sie trotzdem an der bisherigen Arbeitsstelle festhalten will, alles tun müssen, was ohne Beeinträchtigung anderer berechtigter Interessen geschehen kann, um ihnen den Entschluß des freiwilligen Verbleibens zu erleichtern. Die Arbeitgeber also, die ihre Arbeiter beschäftigen wollen, werden zunächst zu prüfen haben, ob und wie weit sie die von ihnen bisher gewährten Löhne im Hinblick auf die Kriegserhöhung zu steigern in der Lage sind. Zwar kann nicht verlangt werden, daß die sprunghafte Entwicklung der Lohnverhältnisse, wie sie in manchen, zeitlich begrenzten Industrien eingetreten hat, von ändern mitgemacht wird, die als Dauerbetriebe auf eine stetige Entwicklung dieser Verhältnisse Bedacht nehmen müssen. Aber eine den zeitumständlichen Rechnung tragende Angelegenheit der Löhne ist unter allen Umständen herzustellen, Lohnrückläufigkeit ebenso wie Lohnsteigerung zu vermeiden. Ferner ist auf den doppelten Gehalt auswärts wohnender Arbeiter bei der Bemessung des Arbeitsentgelts Rücksicht zu nehmen. Erleichtert wird das durch der Erlaß des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917, der vorschreibt, daß bei dem Ausgleich zwischen dem bisherigen Einkommen eines vom Heeresdienst Zurückgestellten und seinem augenblicklichen Arbeitseinkommen ein Betrag von 2 Mk. für den Tag für den Unterhalt der Familie eingestrichelt wird. Aber auch darüber hinaus wird für die Fälle des Doppelgehalts die Gewährung einer ausreichenden Familienzulage durch den Arbeitgeber ins Auge zu fassen sein. Endlich sind auch die übrigen Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Unterkunft und Ernährung unter den gleichen Gesichtspunkten einer Nachprüfung zu unterziehen und, soweit möglich, in entgegenkommender Weise auszugestalten. Ganz unstatthaft aber sind die Verweise von Arbeitgebern, in unklarer Weise Arbeiter anderen Betrieben abspenstig zu machen und für sich heranzuziehen. Ein solches Verfahren, das die Deumutigung in die Arbeiterschaft geradezu hinein trägt, verkennt völlig die Gesamtlage des Wirtschaftens, ist nicht scharf genug zu verurteilen und muß unbedingt unterbleiben. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine einfache Unterlegung und der vaterländische Sinn der Arbeitgeber von selbst solche Missetaten abstellen werden.

Werden diese Maßnahmen innewerkelt, so muß auf der andern Seite aber auch von den Arbeitnehmern erwartet werden, daß sie, sofern ihre Arbeitsbedingungen als gerecht und billig anzuerkennen sind, nicht bloß deshalb auf die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses dringen, weil sie es anderwärts noch besser haben können. Ein solches Verhalten wäre mit den Zwecken des Hilfsdienstgesetzes, die doch schließlich für unser gesamtes Wirtschaftsgeschehen und alle an ihr Beteiligten den Ausschlag geben müssen, nicht vereinbar. Das wird jeder verständige Arbeiter, der sich diese Zwecke wirklich klar gemacht hat, einsehen. Anmerken wäre auch hier die Belehrung durch die Organisationen als wertvolle Unterstützung zu betrachten.

Ein besonderes Wort muß den in der Kriegswirtschaft beschäftigten zurückgestellten Wehrpflichtigen, den sogenannten Reservierten, gewidmet werden. Für sie gilt der Satz: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht, Heeresdienst vor Hilfsdienst. Sie sind von der Erfüllung der Wehrpflicht und der Erfüllung des Heeresdienstes nur solange entbunden, als ihre anderweitige Beschäftigung für das Vaterland noch wichtiger ist als der Dienst im Heere. Sobald diese

Verantwortlichkeit der alte Geist aus der Zeit vor dem August des Jahres 1914, der in diesen und späteren Zeiten in den Unternehmerten ...

Unser Unternehmertum bleibt das alte. Wie könnte es auch anders sein? Je niedriger der Arbeitslohn, um so höher, je höher der Arbeitslohn, um so niedriger der Unternehmerprofit.

Korrespondenzen.

Nürnberg. Weihnachtunterstützung für die im Felde stehenden Kollegen wurde bis zum Schlusse des Jahres an 97 Mitglieder ausgezahlt, dergleichen wurden aus Lokalmitteln im vergangenen Jahre an diezeitigen Kollegen, welche vorübergehend sich auf einige Tage in Urlaub befanden, 250 Mk. ausgezahlt.

Schlesien. Am 6. Januar fand unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Protokollverlesung; 2. Jahresbericht; 3. Abrechnung; 4. Wahl der Verwaltung; 5. Anträge und Verschiedenes.

Rundschau.

Auszeichnungen. Der Kollege Otto Gleditsch aus der Zahlstelle Berlin erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse. — Kollege Otto ...

Die Stellung des Arbeitervertreters im Kriegsdienst. Mit dem Eintritt des Vorstehenden des Metallarbeiterverbandes als Soldat in das Kriegsdienstamt als Arbeitervertreter sind in der Presse ...

Ziele sei nicht etwa leuchtender Hoffortsch, wie vielfach angenommen wurde, sondern nur Berater der ebenfalls militärisch organisierten Leitung der Abteilung des Kriegsdienstamts, nämlich des Feld- und Arbeitsdepartements.

Das Beste aber nicht aus, das Sie in diesen beiden Behörden einen Anreiz setzen auf die Entschiedenere Einwirkung ausüben können und auch ausüben. Das würden Sie um so mehr tun, je mehr durchschlagende Gründe Sie für ihre Vorschläge ins Feld führen können.

Als Leiter der Unternehmerten informierenden Material an den Arbeitervertreter im Kriegsdienst münne jedoch dringend gebeten werden, daß sie möglichst informierendes Material zu beschaffen, damit er nicht nur in Kriegszeiten, sondern auch in Friedenszeiten ...

Als Leiter der Unternehmerten informierenden Material an den Arbeitervertreter im Kriegsdienst münne jedoch dringend gebeten werden, daß sie möglichst informierendes Material zu beschaffen, damit er nicht nur in Kriegszeiten, sondern auch in Friedenszeiten ...

5 Jahre Porzellanarbeiterverband.

Am 1. Januar 1917 feierte der Verband der Porzellanarbeiter sein fünfjähriges Jubiläum als Zentralverband wirtschaftlicher Porzellanarbeiter ...

Generalversammlung wurde die Vereinnung der beiden Verbände zu einem gemeinsamen Zentralverband beschlossen. Die Zahl der Mitglieder, die dieser neuen Berufsorganisation beitraten, betrug 4892.

Der Verband hat ein gut ausgebautes Unterstützungsweien. Rund 2 1/2 Millionen Mark wurden für diesen Zweck aufbewahrt. Ebenso wurden für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhältnismäßig großenteils Unterstützungsmittel, nämlich im ganzen über 1 1/2 Millionen Mark für Streit- und Mahnregulierungsunterstützungen gebraucht.

Offentlich wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in immer breitere Schichten auch dieser Berufsangehörigen eindringen und der Verband deshalb nach Beendigung des Krieges wieder in Reife und Glied mit unsern andern Zentralverbänden seine Aufgaben als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nach wie vor erfüllen können.

Keine Verlegung der Invalidenrente bei Zigarettenpflanz.

Ein Kriegsteilnehmer erlitt am 27. Juli 1916 einen Kopfschuss und verlor dadurch die Sehkraft auf beiden Augen. Er wurde am 10. Januar 1918 aus dem Lazarett entlassen und stellte nun bei der Bundesversicherungsanstalt den Antrag, ihm, da er dauernd invalide sei, die Invalidenrente vom 27. Juli 1916 an zu gewähren.

Das Reichsversicherungsamt verwarf die Revision und erkannte den Anspruch auf die Invalidenrente auch für die Zeit der Zigarettenpflanzbehandlung an. Der Standpunkt der Versicherungsanstalt, so führte das Reichsversicherungsamt aus, lasse sich schon mit Rücksicht auf den Wortlaut und den Zusammenhang der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Heilverfahren nicht vertreten.

Literarisches.

Die Glocke. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 42 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Willy Hülshoff: Eduard Bernstein als Annexions- und Kriegspolitiker.

Von der Neuen Zeit ist loben das 15. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes lassen wir hervor: Leisentliche Bewirtschaftung. Von Karl Marchionini.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Neimer in Berlin.) — Nr. 4 des 22. Jahrgangs enthält: Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 5. Dezember 1916.

Lohnbuch für das Jahr 1917 von O. Volkframm. Als Grundlage zur Steuerberechnung für das Jahr 1918/19. Leipziger Buchdruckerei A. G. Die Arbeiter, besonders wenn sie das Arbeitsverhältnis oft wechseln, kommen wegen der Steuerberechnung häufig mit den Behörden in Kollision.

Allegemeines Bekannmachungen. Schlichter bei Kleefeld. Der Strimmel David Krapf ist von hier abgereist, weil er die Verkaufsbeträge zahlen sollte; er bespauet, ein Buch zu haben, weiß aber nicht wo.

Quittung.

Vom 2. bis 13. Januar gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein: Meißner, Ins. 2.—, Seebach 2.—, Jever 6.80, Einbeck 38.84, Hamburg 170.90, Ganderberg 30.94, Wittenberg 18.36, Meissenhausen 1.52, Reglar 8.40, Benigradwitz 44.80, Rotenburg, Ins. 2.50, Wilmshelburg 56.—, Ramens 40.80, Kappelrodt 35.32, Ruhmannsfelde 10.—, Kurlitz, Ins. 2.40, Stettin, Ins. 22.40, Wilsen 17.04, Büchelberg 12.32, Frankfurt a. O. 33.40, Ebenstetten 17.98, Silberfeld 32.80, Köln I 97.80, Heigenbrücken 28.44, Kaiserslautern 31.56, Wittenberg 30.67, Döhlenfurt 72.50, Nuerbad 4.80, Schopfloch 1.80, Steinach 69.62, Stettin 108.12, Rindnach 10.32, Döhab 24.72, Meißner II 141.58, Königshain 3.84, Kirchheim 116.60, Göttingen 6.72, Giersdorf 6.90, Schmalfelden, Ins. 8.40, Eisenach 35.74, Rindisch 82.84, Copitz 232.50, Meiten — 94, Bödingen 5.—, Oberpeilau 26.40, Pätzsch 65.40, Heppenheim 103.12, Darmstadt 70.—, Arnsdorf 15.84, Augsburg 8.40, Cunevalde 147.88, Grünfeld 38.92, Pätzsch 585.42, Lübeck 3.80, Zutter 10.92, Rimbach 42.56, Winterhausen 7 15.14, Eitzling 25.35, Ueberlingen, Ins. 10.80, Halle, Ins. 2.80, Kreuznach 6.40, Hugo Walther.

Adressen-Veränderungen. Wittenberg a. M. Dorf u. Kass.: Heinrich Eich, Hauptstr. 370, Magdeburg, Dorf u. Kass.: Friedrich Wahrenborg, Felmsfelder Straße 59, Elgershausen, Dorf u. Kass.: Johannes Reuting, Kurze Baumstraße 11.

Anzeigen. Tüchtige Steinmetzen. Die Schwarz, Schwedisch, Schleifrecht arbeiten können, finden dauernde Beschäftigung. Stundenlohn einschl. Feuerungszulage 1 Mk. Plattner & Brahn, Granitwerk, Lößbeck. Einige solide Steinmetzen welche in profilierten, gotischen Arbeiten in Mischkalk und hartem Sandstein Tüchtiges leisten, können andauernde und gut bezahlte Beschäftigung finden. Münsterbauhütte St. Nikolaus in Ueberlingen a. See.

Mehrere tüchtige Pflastersteinarbeiter werden per sofort gesucht. Ebenso einige Lehrlinge. Granitwerk Gefrees, Haberstumpf & Leopold Gefrees (Fichtelgebirge).

Steinmetzpoller sowie tücht. Steinmetzen gegen hohen Akkordtarif oder hohen Lohn für dauernd gesucht. A. Weyler, Hirschberg i. Schl.

Im Felde gefallen. Aus nachfolgende Kollegen: Johann Müller (Erzkau), 26 Jahre alt; Georg Gulden (Kaiserhammer) 28 Jahre alt; Joseph Eiber (Wunsiedel), 37 Jahre alt; Heinrich Finkelst (Pillgramsdorf), 32 Jahre alt; sämtlich aus der Bezirkshausstelle Schwarzenbach. Joseph Wolf, 30 Jahre alt; Joh. Schramm, 35 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Bärensdorf. Heinrich Schmidt, 37 Jahre alt; Valentin Gudendorf, 44 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Eitz. Peter Kröll, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle Niedermendig. Karl Hühler II, 37 Jahre alt; Wilhelm Wieland, 39 Jahre alt; Wilhelm Decker, 22 Jahre alt; Jakob Lind I, 30 Jahre alt; Heinrich Mauer, 21 Jahre alt; sämtlich aus der Zahlstelle Hohenheim. Willy Weber, 21 Jahre alt; Karl Barnigorodt, 27 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Saffersdorf. Max Wähle, 38 Jahre alt, aus der Zahlstelle Böbau. Gustav Walter, 32 Jahre alt; aus der Zahlstelle Berlin. Richard Ross, 21 Jahre alt, aus der Zahlstelle Steinach. Karl Hanks, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Ströben (Schl.). Ihre ihrem Andenken!

Gestorben. In Weidau am 28. Dezember 1916 der Pflastersteinmacher Johann Schützenhofer, 52 Jahre alt, an Gehirnkrankheit. In Rostock am 31. Dezember 1916 der Sandsteinmetz Albert Krosow, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Saffersdorf am 31. Dezember 1916 der Granitsteinmetz August Schmidt, 34 Jahre alt. In Heistenhausen am 1. Januar 1917 der Sandsteinmetz Anton Lämmer, 44 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Zell (Bez. Schwarzenbach) am 2. Januar der Granitsteinmetz Johann Zimmermann, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Langensalza am 2. Januar 1917 der Sandsteinmetz Wilhelm Anhalt, 38 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Pirna am 6. Januar der Sandsteinmetz Gustav Vetter, 40 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Schönlitz am 11. Januar der Steinmetz Joseph Roth, 27 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Leipzig am 15. Januar der Sandsteinmetz Paul Knöttsch, 42 Jahre alt, an Lungentuberkulose. Ihre ihrem Andenken! Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Notationsverord. der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonrat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatn 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 4. **Sonnabend, den 27. Januar 1917.** 21. Jahrgang.

Zwei Schreiben der Gewerkschaftsleistungen.

Berlin, 10. Januar. (Antlich.) Dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg ist das nachstehende Schreiben zugehen:

„Berlin, den 10. Januar 1917.

Eure Exzellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reich die Friedensangebote Deutschlands und seiner Verbündeten verwerfen, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freundliche Aufnahme der Friedensangebote in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestellten-Organisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshandlung ab. Auch die Friedensangebote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen werden, die Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands die Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien herbeiführen.

Die unzumutigen Forderungen der Entente können nur unter der Bedingung aufgestellt werden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen bedarf angesichts der Kampfesfronten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Mit keinem nicht, daß die Versorgung Deutschlands vom Weltmarkt die unzureichende Menge der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Rechte des deutschen Volkes in niehöher Weise trifft.

Die Antwort der Entente behauptet jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskriege befindet. In dem Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und der Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Anstrengung ansetzen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Druck durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche keinem Widerstand zu weichen. Einig im Kampf für unsere Freiheit, unsere Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen geübt werden und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf der Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeiführenden Völker, die Verwüstung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heillosste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte in dem Kampfe um die Freiheit unseres Landes einzusetzen.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
gez.: E. Regien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
gez.: A. Stegerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.)
gez.: Gust. Hartmann.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände.
gez.: Kiesner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.
gez.: Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.
gez.: Dr. Hüfle.

Der Reichskanzler hat hierauf geantwortet:
„Berlin, den 18. Januar 1917.

Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 10. d. M. verknüpfen, danke ich von Herzen für die kraftvolle Kundgebung, die entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in dem Schreiben die Gedanken von Millionen unserer Volksgenossen wieder gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmern geschlagen, wenn der Feind sein Ziel erreichte. Mit jedem Tag entrollt er sich immer mehr die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Angehörigen gehen. Keinem Eroberer aber, und mag er über die Macht der Welt gebieten, ist es bestimmt, das deutsche Volk in Sklaverei zu hegen. Einig im Kampf für unsere Freiheit, niemals fremdes Recht mitachtet hat, haben wir die neue Herausforderung aufgenommen. Daß in diesem schweren Kampfe die alle Arbeiter treu und fest zum Vaterlande steht, haben in Ihrem Schreiben in erhebenden Worten ausgesprochen. Das ist eine tolle Hingabe für unsern endlichen Sieg und für eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen.“
gez.: v. Bethmann Hollweg.

Von den gleichen Verbänden ist folgendes gemeinsame Schreiben dem Chef des Kriegsamts Generalleutnant Groener, gerichtet worden:
„Berlin, den 16. Januar 1917.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur durch eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Eure Exzellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 erklärt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur ausgesagt, sondern auch bekräftigt.

Angesichts der rückwärtigen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten, sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Eure Exzellenz zu erklären, daß wir alles daran setzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.“

Generalleutnant Groener hat darauf folgendes erwidert:
„Berlin, 17. Januar 1917.

Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Kundgebungen unserer Feinde.

Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen! Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen.“
Groener.“

Die Gewerkschaft als Hindernis der Organisation.

Die Gewerkschaft als ein Hindernis der Organisation hinzustellen, ist auscheinend eine widerwärtige Behauptung und demnach hat es damit keine Notwendigkeit. Gewiß ist die Gewerkschaft selbst ein Organisationsmittel und sie kann daher logischerweise kein Hindernis der Organisation bilden.

Aber die Gewerkschaft ist das Hindernis dafür, daß sich die unorganisierten Arbeiter organisieren. Wozu sollen sie sich organisieren, wenn doch die Gewerkschaft schon da ist, die unerschütterlich und gleichermäßen für Organisierte und Unorganisierte, für Idealisten und Egoisten, für Gerechte und Ungerechte sorgt? Und die Unorganisierten nehmen als ihr gutes Recht die gewerkschaftliche Fürsorge auch für sich in Anspruch. Wozu sind denn die Gewerkschaften da, wenn sie nicht für die Beseitigung von Missetaten und Befreiung bedrückender Verhältnisse in Fabriken und Werkstätten, auf Bauwerken und in Gruben, für gute Behandlung, für höhere Arbeitslohn, für höhere Löhne, für Feuerungsanlagen usw. wirken wollen? So denken und sagen die Unorganisierten. Sie schimpfen auf die Gewerkschaft, wenn ihnen in Betrieben etwas nicht paßt und die Gewerkschaft den Missetand, wenn es sich überhaupt um einen solchen handelt, und von dem sie überhaupt vielleicht gar noch nichts weiß, nicht beseitigt hat. Das ist eine heitere Gewerkschaft, die nichts tut und alles beim alten läßt, oder die gar zuseht, wenn es noch verschlechtert wird.

Die Gewerkschaft soll der allgegenwärtige Schutzhelme, die allwissende und allmächtige Vorsehung der Unorganisierten sein, und wenn sie diese hohen Aufgaben und Pflichten nicht erfüllt, sind die Herren Unorganisierten mit ihr sehr unzufrieden und drohen ihr mit ihrer unendlichen Scharen Kritik. Die stärkste Strafe wäre der Austritt, das Verlassen der weislichen Gewerkschaft; aber dieses Strafmittel ist leider den Unorganisierten verweigert, weil sie schon außerhalb der Gewerkschaft stehen.

Die Erzeugnisse der Gewerkschaften werden von den Unorganisierten als etwas ganz Selbstverständliches auch für sich in Anspruch genommen. Die errungene Lohnerhöhung von 10 v. H. die erreichte Feuerungsanlage von 15 v. H. wollen natürlich auch die Unorganisierten, und sie schimpfen vielleicht noch über die Gewerkschaft und sind mit ihr sehr unzufrieden, weil sie nicht mehr erreicht hat. Diese 10 oder 15 v. H. sind gar nichts! Der Unorganisierte darf bei seinem organisierten Nebenarbeiter auf alle Welt, auf die Gewerkschaft wie auf den Unternehmer, auf den Meister und auch auf den Staat schimpfen, denn er ist fest davon überzeugt, daß dieser ihn nicht benutzieren wird.

Umgekehrt ist es in sehr vielen Fällen, wenn nicht immer, für den Gewerkschafter sehr ratsam, wenn er sich in solchen Dingen alle Zurückhaltung anerkennend und nach dem bewährten alten Sprichwort handelt: „Neben ist Silber, Zweigen ist Gold.“ Der Unorganisierte steht stets die auch ihm zugute kommende allseitige Wirksamkeit der Gewerkschaft voraus, aber er verhält sich beim Unternehmer, der die Gewerkschaft bekämpft oder sie doch nicht gern sieht, dadurch einen Stein im Brett, daß er ihr fernbleibt, ein Unorganisierter, vielleicht auch ein Zuträger, ein Blaudrumpf ist.

Die Unorganisierten verlangen nicht nur dann aus der Gewerkschaftsklasse Streikunterstützung, wenn sie gemeinschaftlich mit ihren organisierten Kollegen streiken, sie fordern sie auch dann, wenn sie gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder streiken wollen. „Wozu haben wir Gewerkschaften, wenn sie uns bei unserm Streik nicht unterstützen wollen?“ fragen die Unorganisierten mit Entrüstung über die traurige Gewerkschaft, die sie nicht unterstützen will.

Die Frage, ob die Arbeiter die Gewerkschaft brauchen, ist beantwortet durch die Tatsache der vorhandenen Gewerkschaftsbewegung, die vor dem Kriege in den verschiedenen Ländern 12 Millionen Mitglieder umfaßte. Diese Frage wird auch sofort durch die Unorganisierten selbst in allen jenen Fällen bejaht, in denen sie aus irgendeinem Grunde zu einem offenen Kampfe kommen und am Orte für ihren Verzicht keine Gewerkschaft besteht. Da erinnert sich der eine oder der andre von den streikenden Unorganisierten, daß ja ein Verband besteht, daß dessen Zentralvorstand an dem und dem Orte seinen Sitz hat und daß man nun schnellstens dahin um seinen Verband telegraphieren müsse. Das geschieht denn auch und ebenfalls erscheint der gewünschte Vertreter des Verbandes, nimmt sich der unorganisierten Streikenden mit Rat und Tat an und erreicht durch Unterhandlung mit dem Unternehmer den Stillstand der Lohnreduktion, die den Streik veranlaßte und die Bewilligung einiger anderer, bei dieser Gelegenheit gestellter Forderungen.

In voller Würdigung der alten Erfahrungstatsache, daß die beste Taktik, das Eisen zu schmieden, wenn es glüht, wird nun der Verbandsvorsteher die unorganisierten Streikenden veranlassen, sich zu organisieren, eine Ortsgruppe seines Verbandes zu bilden, was er auch erreicht. Denn er hat ihnen klar gemacht, daß ihre Organisationslosigkeit mit der Lohnreduktion ihren Antritt erleidet und der Unternehmer diese nur deshalb wieder zurückgezogen hat, weil nun der

Verband hinter den Streikenden stand. Solche Vorgänge sind ein für alle Mal ein Vorbildungsunterricht für die Unorganisierten.

Es ist vorgeschlagen worden, die Unorganisierten von der Ausrichtung der gewerkschaftlichen Erzeugnisse auszuschließen und das wäre eine gerechte Strafe, die sie vollaus verdienten. Aber diese Taktik wäre ein zu gefährliches Beginnen, eine anreizende Einladung an die Unternehmer, nur noch Unorganisierte zu beschäftigen, denen sie keinerlei Zugeständnisse gemacht haben.

Die gewerkschaftliche Fürsorge für die Unorganisierten ist gewiß etwas durchaus unbefriedigendes, denn so bildet die Gewerkschaft das Hindernis für die Organisation der Unorganisierten, die es unter solchen Umständen nicht nötig haben, sich zu organisieren.

Die unausgesprochene Wirksamkeit der Gewerkschaften bestand bisher in der Fürsorge der Organisierten vor der Unorganisierten, um diese dadurch von der Notwendigkeit und Willigkeit der Gewerkschaft zu überzeugen und sie so nach und nach ebenfalls in die Gewerkschaft als Mitglieder zu bringen. Mit dieser Wirksamkeit war vor dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung groß geworden und sie wird es damit auch nach dem Kriege wieder werden. Die wegen der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften unorganisiert gebliebenen Arbeiter werden schließlich doch wegen der gemeinsamen Wirksamkeit der Gewerkschaft ebenfalls Mitglieder und organisierte Arbeiter. Die Unorganisierten von gestern waren und sind immer die Organisierten von heute. Zudem aber die jungen Leute in die Organisation hineinwachsen, soll es keine unorganisierten erwachsenen Arbeiter mehr geben.

Eine Mahnung an die Hilfsdienstpflichtigen.

Berlin, 20. Januar. (Antlich. (W. T. B.)) Das Kriegsamt teilt antlich mit: Von verschiedenen Stellen wird berichtet, daß in der Arbeiterkategorie Kriegswirtschaftlicher Betriebe sich neuerdings eine stärkere Neigung zur Abwanderung bemerkbar macht. Zwar wollen die Arbeiter nicht die Kriegswirtschaft überhaupt verlassen, um in andere Wirtschaftszweige überzugehen; vielmehr findet am meisten nur das Verlangen des Arbeitswechsels innerhalb der Kriegswirtschaft selbst statt. Aber auch ein solcher Wechsel hat, wenn er gleichzeitig und in größerem Umfang erfolgen sollte, seine ernstlichen Bedenken. Er führt nicht bloß durch die mit der Veränderung der Arbeitsstelle verbundenen Reisen, Vorbereitungen und Neueinrichtungen den Verlust einer Anzahl von Arbeitstagen mit sich, sondern kann auch durch die plötzliche Entziehung von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, den ungehörigen Fortgang der auf sie angewiesenen Betriebe gefährden. Es dürfte daher geboten sein, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen, um ihnen in zweckdienlicher Weise entgegenzuwirken.

Weshalb erstreben die Arbeiter den Arbeitswechsel? Weil sie an der neuen Stelle mehr zu verdienen hoffen; weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenziehen können und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können; weil sie überhaupt aus der Fremde in die Heimat und die heimischen Verhältnisse zurückkehren möchten. Das kann man ihnen an sich nicht verdenken; und deshalb wird man, wenn man sie trotzdem an der bisherigen Arbeitsstelle festhalten will, alles tun müssen, was ohne Beeinträchtigung anderer berechtigter Interessen geschehen kann, um ihnen den Entschluß des freiwilligen Verbleibens zu erleichtern. Die Arbeitgeber also, die ihre Arbeiter behalten wollen, werden zunächst zu prüfen haben, ob und wie weit sie die von ihnen bisher gewährten Löhne im Hinblick auf die Kriegsteuerung zu steigern in der Lage sind. Zwar kann nicht verlangt werden, daß die sprunghafte Entwicklung der Lohnverhältnisse, wie sie in manchen, zeitlich begrenzten Industrien eingetreten hat, von andern mitgemacht wird, die als Dauerbetriebe auf eine stetige Entwicklung dieser Verhältnisse Bedacht nehmen müssen. Aber eine den Zeitumständen Rechnung tragende Angemessenheit der Löhne ist unter allen Umständen herzustellen, Lohnrückerei ebenso wie Lohnwettbewerb zu vermeiden. Ferner ist auf den doppelten Gehaltsausgleich wohnender Arbeiter bei der Bemessung des Arbeitsentgelts Rücksicht zu nehmen. Erleichtert wird das durch den Erlaß des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917, der vorschreibt, daß bei dem Ausgleich zwischen dem bisherigen Einkommen eines vom Heeresdienst Zurückgestellten und seinem augenblicklichen Arbeitsentkommen ein Betrag von 2 Mk. für den Tag für den Unterhalt der Familie einstellt wird. Aber auch darüber hinaus wird für die Fälle des Doppelhaushalts die Gewährung einer ausreichenden Familienzulage durch den Arbeitgeber ins Auge zu fassen sein. Endlich sind auch die übrigen Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Unterkunft und Ernährung unter den gleichen Gesichtspunkten einer Nachprüfung zu unterziehen und, soweit möglich, in entgegenkommender Weise auszugestalten. Ganz unattraktiv aber sind die Verhältnisse von Arbeitgebern, in unzulässiger Weise Arbeiter anderen Betrieben absperrig zu machen und für sich heranzuziehen. Ein solches Verfahren, das die Rekrutierung in die Arbeiterkategorie geradezu hineinragt, verkennt völlig die Gesamtlage des Wirtschaftslbens, ist nicht scharf genug zu verurteilen und muß unbedingt unterbleiben. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine einfache Heberlei und der vaterländische Sinn der Arbeitgeber von selbst solche Missetaten abstellen werden.

Werden diese Richtlinien innegehalten, so muß auf der andern Seite aber auch von den Arbeitnehmern erwartet werden, daß sie, sofern ihre Arbeitsbedingungen als gerecht und billig anzuerkennen sind, nicht bloß deshalb auf die sofortige Auslösung des Arbeitsverhältnisses drängen, weil sie es anderwärts noch besser haben können. Ein solches Verhalten wäre mit den Zwecken des Hilfsdienstgesetzes, die doch schließlich für unser gesamtes Wirtschaftslben und alle an ihr Beteiligten den Ausschlag geben müssen, nicht hin vereinbar. Das wird jeder verständige Arbeiter, der sich diese Zwecke wirklich klar gemacht hat, einsehen. Anmerkung wäre auch hier die Belehrung durch die Organisationen als wertvolle Unterstützung zu begrüßen.

Ein besonderes Wort muß den in der Kriegswirtschaft beschäftigten zurückgestellten Wehrpflichtigen, den sogenannten Reservierten, gewidmet werden. Für sie ist der Tag: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht, Wehrdienst vor Hilfsdienst. Sie sind von der Erfüllung der Wehrpflicht und der Leistung des Wehrdienstes nur solange entbunden, als ihre anderweitige Beschäftigung für das Vaterland noch wichtiger ist als der Dienst im Heere. Sobald diese

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur durch eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Man hat sich nicht die Sorge gemacht, die Verwaltung gar nicht zu ändern, sondern sie in den Dienst einzufügen, in dem sie von jeher war. Die Voraussetzung ihrer Zuständigkeit ist aber unter Umständen auch dann, wenn sie nicht in der Lage ist, die Stelle zu besetzen, für die sie nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter entweder zurückgestellt oder in eine andere Stelle versetzt werden können. Sie hätten also in solchen Fällen die Möglichkeit, in gewisser Weise, nicht etwa aus dem Dienst zu gehen, sondern lediglich aus militärischen Gründen in eine andere Stelle versetzt zu werden. Das ist aber nicht der Fall, sondern es ist die Aufgabe der Verwaltung, die Stellen zu besetzen, die durch die Kriegsverhältnisse entstanden sind. Die Verwaltung hat die Aufgabe, die Stellen zu besetzen, die durch die Kriegsverhältnisse entstanden sind. Die Verwaltung hat die Aufgabe, die Stellen zu besetzen, die durch die Kriegsverhältnisse entstanden sind.

Geldpost-Mitteilungen.

Die Aufgabe der Geldpost, die wir nach dem Kriege mehr als je zuvor zu erfüllen haben, gebührt heißer Dank. Die Aufgabe der Geldpost, die wir nach dem Kriege mehr als je zuvor zu erfüllen haben, gebührt heißer Dank. Die Aufgabe der Geldpost, die wir nach dem Kriege mehr als je zuvor zu erfüllen haben, gebührt heißer Dank. Die Aufgabe der Geldpost, die wir nach dem Kriege mehr als je zuvor zu erfüllen haben, gebührt heißer Dank.

ganisiert und zum Secretdienst eingezogen sind, ein kleines Geschenk bewirkt, worauf der Vorsitzende den Kollegen für den Versammlungsbesuch dankt.

Seppenhelm. Die Generalversammlung fand am 14. d. M. bei H. Winter statt. Der Besuch war der jetzigen Zeit gemäß ein guter. Vorher man in die Tagesordnung eintrat, wurde unsern, gefallenen Kollegen Regen die letzte Ehre erwiesen. Die Tagesordnung war eine kurze. Der Kassierer gab, nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen war, den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt, dessen Wichtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Bei dem Punkt, Renwalt des Vorstandes, wurde auf allgemeinen Wunsch der alle Vorstand wieder beibehalten. Ein weiterer Punkt bildete die Deucungszulage. Der Vorstand gab die Antwort der Unternehmer, die uns auf die eingereichte Erhöhung der Deucungszulage von 7 auf 10 Prozent geantwortet wurde, bekannt. Die Versammlung gab sich mit der Zustimmung nicht zufrieden und beauftragte den Vorstand, ein weiteres Schreiben an die Unternehmer zu richten. Auch erklärten einige Kollegen, sich der Zivilienpflicht zur Verfügung zu stellen, falls die 3 Prozent Erhöhung abgelehnt werden. Wir bemerkten, daß in den Geschäften der Umgegend schon ein ganzes Jahr 10 Prozent bezahlt werden. Ferner sei bemerkt, daß wir den seit 1910 bestehenden Tarif noch haben, der in den jetzigen Verhältnissen lange nicht mehr entspricht, wir aber in Anbetracht des Burgfriedens von einer Änderung immer Abstand genommen haben; die bereits geschätzten 7 Prozent Deucungszulage werden uns durch die schlechten und nicht ungerichteten Zeiten, sowie durch die Mangelhaftigkeit der Betriebsleiter und Poliere auf künstlichem Wege wieder genommen, so daß der Verdienst immer wieder derselbe ist wie vor fünf und sechs Jahren, ja sogar manchmal noch geringer. Die hiesigen Unternehmer haben große Vereinfachungen und ist eine ganze Anzahl der Kollegen reklamiert, die zum Teil auch schon hier sind, aber ganz enttäuschte Gesichter machen. Die Versammlung kam zu dem Entschluß, sich nicht mehr lange an der Nase herumzuführen zu lassen, sondern verlangt vom Vorstand, sich mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen, oder sich an die maßgebende Stelle zu wenden. Worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Kamens. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zum Krampitz in Kamens statt. Zuerst gibt der Kassierer die Jahresabrechnung bekannt. Die Gesamteinnahme beträgt 1518.26 Mk., die Gesamtausgabe 1508.31 Mk., mithin bleibt ein Kassenbestand von 10.95 Mk. Es sind an unsere Kollegen an Sterbegeld 140 Mk., an Krankengeld 484.75 Mk. und an Beihilfsausgaben 628 Mk. ausgezahlt worden. Gewiß ist dieses Ergebnis ein erfreuliches. Nachdem die Jahresabrechnung bekanntgegeben, beantragten die Revisoren, den Kassierer zu entlasten. Zum zweiten Punkt, Jahresbericht, war zu entscheiden, daß die Verwaltung nach jeder Richtung tätig war. Entscheidend war, daß man mit dem Zusammenhang des Zentralverbandes die Deucungszulage mit Schwierigkeiten von den Hartsteinindustriellen herauszuwickeln konnte. Wenn auch die Firma in Grünsteinbetrieb ansangs zauderte, so ist auch jetzt jegliche ihren Arbeitern entgegen gekommen, und zahlen die Hartsteinindustriellen der Oberlausitz 12 Prozent für die Papier, 10 Prozent für Holzarbeiter und Tagelöhner. Es ist nur noch zu bemerken, daß gerade die Unorganisierten mit den paar Prozenten nicht zufrieden sind. Nur zu bedauern ist, daß sie doch immerhin auch diese paar Groschen mitnehmen. Wenn sie wüßten, wie schwer es den organisierten Kollegen wurde, diese Prozente herauszuholen, dann würden sie sich denn doch der Organisierten angeschlossen. Wenn man in Betracht zieht, daß 52 Kollegen im Rechnungsjahr 1910/17 1818 Mk. haben zusammengepackt und es sind dann insgesamt an Sterbegeld, Krankengeld und an die Familien, deren Männer im Felde stehen, 1262.75 Mk. ausgezahlt worden, so müssen denn doch alle Unorganisierten zur Einsticht kommen, daß unser Zentralverband ein sehr nützlicher ist. Hoffen wir, daß unsere braven Kollegen, welche nach im Felde sind, wenn das Feldeunwetter ausgeht, alle gesund heimkehren mögen, und das ist uns gewiß, sie werden den schlafenden Nachkommen helfen die Augen öffnen. Im übrigen Grüße aus unsrer Versammlung an alle im Felde stehenden Kollegen sowie auch an unsern Gauleiter Georg Zeiniger, welcher jetzt in Liegnitz ist, auf ein baldiges gesundes Wiedersehen.

Kellst. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die einigermaßen gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine große Anzahl Karten und Briefe zur Kenntnis genommen, die eingegangen waren von den Kollegen, die sich im Kriegsdienst befinden, worin sie den Empfang der von uns überbrachten Weihnachtsgarben bestätigten. Aus fast allen sprach der lebhafteste Wunsch nach einem baldigen Frieden. Der Kollege Klähr gab sodann die Abrechnung. Im verfloffenen Jahr hatten wir eine Einnahme inklusive Kassenbestand von 2905.84 Mk., dagegen eine Ausgabe von 2865.68 Mk., d. h. ein Kassenbestand von 239.96 Mk. Aus dem Jahresbericht, den ebenfalls der Kollege Klähr gab, ist hervorzuziehen, daß jede Versammlung stattgefunden, die die Beurlaubten sowie die sonstigen Verbandsglieder zu erlebigen hatten; die Versammlungen hatten zum Teil noch besser besucht sein können. Die zentrale Unterweisung an Weihnachten wurde an 44 Vereinstellen und an 4 Leibes ausgeführt. Die örtliche Unterweisung, die durch Sammlung aufgebracht wurde, an der sich auch die beiden hiesigen Firmeninhaber und deren Beamten in hervorragender Weise beteiligt haben, ergab die Summe von 219.80 Mk., so daß jedes Kind 2.50 Mk. erhalten konnte von denen 84 vorhanden waren. Kollege Kerschel beirach eingehend den Jahresbericht. Die beiden Statistiker Kusch und Hofmann gaben einen ausführlichen Bericht über die gutgeführte Statistik. Bei der Vorstandswahl nahmen alle Kollegen ihre Posten wieder an, bis auf den zweiten Vorsitzenden. Als solcher wurde der Kollege Glasen nengewählt. Da der 1. Vorsitzende Kollege Kerschel sich noch immer im Felde befindet, wählte ihn die Versammlung demnach wieder; Kollege Klähr erledigt dessen Geschäfte solange mit Hoffentlich wird bald der Friedensstag anbrechen, an dem alle Kollegen wieder zur nützlichen Arbeit in unsrer Mitte zurückkehren.

Witzburg. Sonntag, den 21. Januar, fand im Lokal zur Blauen Glode unsere Generalversammlung statt. Kassierer und Vorsitzender Kollege Köhlich gab den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt, der von den anwesenden Kollegen für richtig befunden wurde. Trotzdem wir durch den Krieg verschiedene Ausgaben in der Postkasse hatten ist der Kassenbestand während der Kriegszeit immer noch stabil geblieben. Bei Punkt Renwalt ermächtigte Kollege Moller davon abzuleben und Kollegen Köhlich als Kassierer und Vorsitzenden weiter fungieren zu lassen, bis für uns die Kriegszeit vorüber ist und die Postkasse durch die heimkehrenden Krieger auf ihre alte Höhe emporgehoben ist, dem die anwesenden Kollegen zustimmten. Am Punkt Bericht über den Krieg, daß die Versammlung sehr schwach besucht war, namentlich von den auswärtigen Kollegen waren gar keine erschienen, was für die Zukunft unbedingt unterbleiben muß, da noch wichtige Angelegenheiten zu regeln sind, die jeden Kollegen zur Versammlung erforderlich. Auch gab Kassierer Köhlich bekannt, daß er jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr in der Blauen Glode ist zum Einlassieren für die einzelstehenden Kollegen, die nicht Kassierer werden, oder in seiner Wohnung, Kapuzinerstraße 27, ihre Beiträge bezahlen können. Zum Schluß forderte Kollege Moller die noch in der Postkasse befindlichen Kollegen auf, tren und fest zum Besuche zu stehen, bis wir uns alle wieder zusammentreffen, und daß der Friedenswunsch recht bald in Erfüllung gehen möchte und alle zum Wiedersehen.

Literarisches.

In freien Stunden. Diese Zeitschrift, die unter dem Zeichen „Segen die Schindlerliteratur“ von unserer Partei ins Leben gerufen wurde, vollendete nun bereits ihren 20. Jahrgang. Ein Blick in die reichhaltigen 40 Bände beweist, daß sie ihr Programm den Arbeitern und Arbeiterinnen einwandfrei und doch fesselnden Les-

stoff zu bieten, konsequent durchgeführt hat. Neben den besten kulturgeschichtlichen sind wir die hervorragendsten Namen der Literaruren aller Kulturvölker und Zeiten. Der Dargestellte wird stets illustriert, und immer sind es Künstler von gutem Geschmack die den Bildschmuck schaffen.

In dem nun beginnenden 21. Jahrgang steht der vorrätige Monat „Das kaiserliche Brot“ von Maria Wiebig an erster Stelle. Illustrationen zeichnet der Münchner Maler Professor Joseph Berger. Daneben kommt zunächst die Meisternovelle „Am Nebel“ Timm Kräger zum Abdruck, der weitere Erzählungen folgen.

Eine wesentliche Bereicherung wird der übrige Anhalt, der populärwissenschaftlichen Aufsätze, Notizen usw. besteht, und zwar vor allem in illustrativer Hinsicht; jedes Heft je mehrere Bilder, die entweder zum Text gehören oder auch ständige Darstellungen sein werden. Sie beschränken sich ebenso wie der textliche Anhalt auf vereinzelt Gebiete, sondern stellen Strahlungen aller Lebens- und Wissens in abwechslungsreicher Art dar. Auch die Rubrik „Ehrens- und Satire“ wird in Zukunft zu aufblühen. Eine „Mittelschicht“ soll sich ihr anschließen. Und in ihrer jetzt so schwierigen Praxis gedacht werden soll, indem für „Küche und Haus“ (zeitgemäße Kochrezepte usw.) Aufnahme den werden.

Alles in allem: wir können unsern Lesern das Abonnement dieser Arbeiterzeitschrift bestens empfehlen — um so mehr, als Verlag — die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. — den herrlichen Bestpreis von 15 Pfa. beibehält, eine Erhöhung also des reicheren Anhalts nicht eintritt. Probehefte stehen allen Effekten bei den Kolportageuren und in unsrer Expedition gern Verfügung. Auch der Zeitungsboten legt auf Verlangen ein Heft Anhalt vor.

Da Heft 43 der Glode enthält folgende Artikel: Dr. Paul M. d. N.: Eine Dummheit. Alwin Seenger, zur Zeit Kamp Ententemokratie und die Marxische Staatslehre. Ernst Hell: Sozialdemokratische Kriegspolitik. Richard Schiller: Volkswirtschaftliches zur U-Boot-Frage.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Danabekid. Zugang ist wegen Maßregelung der Kollegen aufgehoben.

Adressen-Änderungen.

Nitzheim b. Würzburg. Vorf.: Joseph Demant. Melchior Hartmann. Cuneabe. Vorf. n. Kass.: August Ritter, bei Großpostwitz. Blühberg. Vorf.: Ludwig Siedlinger in Wiblingen (Post Blühberg), N.-A.

Anzeigen

Berlin.

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr
Kombinierte Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal
Tagesordnung:
1. Das Dittendienstgesch. Ref.: Arbeitersekretär Gustav
2. Diskussion.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung

Steinmetzpoller sowie tücht. Steinmetz

gegen hohen Akkordtarif oder hohen Lohn für dauernd gesucht
A. Weyler, Hirschberg i. S.

Kollege Karl Kalfass, geb. 27. Juli 1870 zu

sucht, wegen wichtiger Angelegenheit seine Adresse an mich gelehrt zu lassen.
Adolf Nagel, Altmünster, Ob.-A. Graßhof

Im Felde gefallen

And nachstehende Kollegen:
Rapprecht Bauer, 25 Jahre alt; **Eduard Buheller**, 38 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle **Männersdorf**.
Friedrich Steinas, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Elberfeld**.
Franz Cordes, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Düffeldorf**.
Andreas Giesel (Sparned), 28 Jahre alt; **Max Zenkel**, 20 Jahre alt; **Heinrich Müller**, 33 Jahre alt; **Hans Frank**, 27 Jahre alt; sämtlich aus der Bezirkszahlstelle **Schwarzenbach**.
Albin Schneider, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Burgen**.
Gustav Seiler, 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Ertegan**.
Wilhelm Riesner, 23 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Schnigshain**.
Michael Strigl, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Wick**.
Friedrich Emil Poster, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Bensha**.
Ehre ihrem Andenken!
Mit erliegen die Verbandskollegen auch bei der Beerdigung über die im Felde Gefallenen des Todesannalenformular angefordert wird.

Bestorben.

Unter dieser Rubrik werden aus demselben Todesannalenformular angefordert, die die Todesannalen aus allgemeinen statistischen Angelegenheiten werden.
In **Wolfskogen** am 17. Dezember 1916 der Pfarrer **Heinrich Baerendse**, 56 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In **Magdeburg** am 5. Januar 1917 der Sandsteinmetz **Heinrich Müller**, 51 Jahre alt, an Herzschlag.
In **Kaiserlautern** am 17. Januar 1917 der Sandsteinmetz **Jakob Heil**, 66 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Starke**, Leitender Redakteur der Leipziger Buchhandlung **Kriegsgesellschaft**

Korrespondenzen.

Am 14. d. M. fand unsere Generalversammlung statt, die einigermaßen gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine große Anzahl Karten und Briefe zur Kenntnis genommen, die eingegangen waren von den Kollegen, die sich im Kriegsdienst befinden, worin sie den Empfang der von uns überbrachten Weihnachtsgarben bestätigten. Aus fast allen sprach der lebhafteste Wunsch nach einem baldigen Frieden. Der Kollege Klähr gab sodann die Abrechnung. Im verfloffenen Jahr hatten wir eine Einnahme inklusive Kassenbestand von 2905.84 Mk., dagegen eine Ausgabe von 2865.68 Mk., d. h. ein Kassenbestand von 239.96 Mk. Aus dem Jahresbericht, den ebenfalls der Kollege Klähr gab, ist hervorzuziehen, daß jede Versammlung stattgefunden, die die Beurlaubten sowie die sonstigen Verbandsglieder zu erlebigen hatten; die Versammlungen hatten zum Teil noch besser besucht sein können. Die zentrale Unterweisung an Weihnachten wurde an 44 Vereinstellen und an 4 Leibes ausgeführt. Die örtliche Unterweisung, die durch Sammlung aufgebracht wurde, an der sich auch die beiden hiesigen Firmeninhaber und deren Beamten in hervorragender Weise beteiligt haben, ergab die Summe von 219.80 Mk., so daß jedes Kind 2.50 Mk. erhalten konnte von denen 84 vorhanden waren. Kollege Kerschel beirach eingehend den Jahresbericht. Die beiden Statistiker Kusch und Hofmann gaben einen ausführlichen Bericht über die gutgeführte Statistik. Bei der Vorstandswahl nahmen alle Kollegen ihre Posten wieder an, bis auf den zweiten Vorsitzenden. Als solcher wurde der Kollege Glasen nengewählt. Da der 1. Vorsitzende Kollege Kerschel sich noch immer im Felde befindet, wählte ihn die Versammlung demnach wieder; Kollege Klähr erledigt dessen Geschäfte solange mit Hoffentlich wird bald der Friedensstag anbrechen, an dem alle Kollegen wieder zur nützlichen Arbeit in unsrer Mitte zurückkehren.